



## Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 07.05.2020

## Niederschrift

über die **47. Sitzung des Hauptausschusses (Sondersitzung)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 07.04.2020, 14:38 Uhr bis 16:48 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vertreter von Frau Stahlhofen
Herr Michael Paetzold	SPD	Vertreter von Frau Schultes
Herr Andreas Pöttgen	SPD	Vertreter von Herrn Kron

#### Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT
---------------------------	-----

#### Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD	Vertreter von Herrn Tritschler
---------------------	-----	--------------------------------

## **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller  
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert  
Frau Beigeordnete Andrea Blome  
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger  
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau  
Herr Beigeordneter Markus Greitemann  
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach  
Frau Bettina Mötting  
Herr Alexander Vogel  
Herr William Wolfgramm

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Peter Kron	SPD	vertreten durch Herrn Pöttgen
Frau Monika Schultes	SPD	vertreten durch Herrn Paetzold
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	vertreten durch Herrn Detjen

## **Beratende Mitglieder**

Herr Sven Tritschler	AfD	vertreten durch Herrn Boyens
----------------------	-----	------------------------------

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sondersitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Sitzung im Livestream zu übertragen und lässt darüber abstimmen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Übertragung der Sitzung im Livestream.

Es gibt folgende Zusetzungen:

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1.1 Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise: Sachstandsmitteilung  
1026/2020

- 1.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie  
1048/2020
- 2.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke, FDP-Fraktion, Ratsgruppe GUT, Frau Lisa Gerlach und Herrn Walter Wortmann  
AN/0454/2020
- 3.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Situation der Geflüchteten in Köln“  
AN/0448/2020
- 3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise“  
AN/0453/2020
- 3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Unterstützung für die Kultur und Wirtschaft im Angesicht der COVID-19-Pandemie“  
AN/0452/2020

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 6.1 Annahme eines Vergleichsvorschlags des OVG NRW vom 26.03.2020 in den Musterverfahren 9 A 850/15 und 9 A 851/15 zu sog. Nachsortierungsgebühren  
0993/2020

Es gibt folgende Absetzungen:

## **I. Öffentlicher Teil**

- 2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kitas kostenfrei – Echte Bildungsgerechtigkeit schaffen!“  
AN/0363/2020

Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

### **TOP 2.6**

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und der Gruppe GUT betreffend „Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen“  
AN/0456/2020

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Hammer beantragt die folgenden Tagesordnungspunkte wegen Sachzusammenhangs gemeinsam unter TOP 1.1 zu behandeln:

- 1.1 Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise: Sachstandsmitteilung  
1026/2020

- 2.6 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und der Gruppe GUT betreffend „Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen“  
AN/0456/2020

Der Hauptausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation**

- 1.1 Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise: Sachstandsmitteilung  
1026/2020

- 1.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie  
1048/2020

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 2.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Konzept für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben für den Bereich der „Inneren Stadt“"  
AN/0384/2020

- 2.2 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Kommunalwahl NRW verschieben – Appell an Landesregierung"  
AN/0423/2020

- 2.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat"  
AN/0223/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion  
AN/0431/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke., FDP-Fraktion, Ratsgruppe GUT, Frau Lisa Gerlach und Herrn Walter Wortmann  
AN/0454/2020

- 2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kitas kostenfrei - Echte Bildungsgerechtigkeit schaffen!"  
AN/0363/2020  
*erledigt*

2.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!"  
AN/0421/2020

2.6 Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, Fraktion Die Linke. und Ratsgruppe GUT betreffend "Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen"  
AN/0456/2020

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Fragen zur „Haushaltsbewirtschaftung in Zeiten der Corona-Krise“"  
AN/0444/2020

Antwort der Verwaltung vom 07.04.2020  
1055/2020

3.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Situation der Geflüchteten in Köln"  
AN/0448/2020

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise"  
AN/0453/2020

3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Kultur und Wirtschaft im Angesicht der COVID-19-Pandemie"  
AN/0452/2020

### **4 Sonstige Mitteilungen und Vorlagen**

### **5 Mündliche Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **6 Dringlichkeitsentscheidungen**

6.1 Annahme eines Vergleichsvorschlags des OVG NRW vom 26.03.2020 in den Musterverfahren 9 A 850/15 und 9 A 851/15 zu sog. Nachsortierungsgebühren  
0993/2020

### **7 Mündliche Anfragen**



## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation**

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert die Notwendigkeit der Sondersitzung und bedankt sich bei allen, die sich in dieser Krise mit außerordentlichem Engagement einbringen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller berichtet über die aktuelle Lage in der COVID-19-Krise. Man könne aufgrund der neusten Zahlen vorsichtig auf erste Erfolge der kontaktreduzierenden Maßnahmen schließen. Dieser Trend müsse sich jedoch auch in den nächsten Tagen weiter fortsetzen.

Das neu eingerichtete Infektionsschutzzentrum KRITIS werde gut von den Betroffenen angenommen. Zudem bereite man sich auf die Errichtung des Behandlungszentrums am Messegelände vor.

Es sei ein leichter Anstieg an Fällen häuslicher Gewalt zu verzeichnen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bedankt sich bei der Bayer AG, die der Stadt Köln 5.000 Liter Desinfektionsmittel gespendet hat. Weitere 21.000 Liter würden in den nächsten Wochen folgen.

#### **1.1 Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise: Sachstandsmitteilung 1026/2020**

Herr Joisten lobt und bedankt sich für den detaillierten Bericht und das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln.

Er bittet um Klärung der Verwendung des durch den Rat beschlossenen 45-Millionen-Euro-Pakets.

Zudem weist er darauf hin, dass ihn viele Anfragen aus dem privaten Pflegebereich zu notwendiger Schutzkleidung erreichen.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert erläutert die Ausgestaltung des Rettungspaketes und entsprechende Maßnahmen. Man lege großen Wert auf eine flächendeckende Unterstützung. Die Finanzierung der Krisenmaßnahmen werde nicht nur durch Umschichtungen im Haushalt gewährleistet. Auch der Bund und das Land NRW trügen eine finanzielle Verantwortung.

Herr Petelkau schließt sich dem Dank von Herrn Joisten an.

Frau von Bülow schließt sich ebenfalls dem Lob und Dank an, insbesondere der Arbeit des Krisenstabs.

Sie fragt, ob zu dem drei-Millionen-Euro-Paket für den Bereich Kunst und Kultur noch eine entsprechende Vorlage erstellt werde. Sie regt an, die Mitteilung auch den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach teilt mit, dass eine ausführliche Mitteilung in die Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 28.04.2020 gegeben werde.

Herr Detjen schließt sich dem Dank an und weist darauf hin, dass man in der derzeitigen Situation das Bildungs- und Teilhabeprogramm des Bundes nutzen solle.

Herr Sterck bedankt sich bei allen Beteiligten und lobt, dass die Hilfsangebote schnell greifen würden. Er gibt zu bedenken, dass man den Kommunen in Bezug auf die möglichen Lockerungen der derzeitigen Beschränkungen, insbesondere im Bereich des Tourismus, größere Gestaltungsmöglichkeiten geben müsse.

Herr Zimmermann bedankt sich ebenfalls im Namen der Gruppe GUT und fragt nach dem Sachstand über die Versorgung der Obdachlosen.

Zudem seien seiner Kenntnis nach die Kindergeldzahlungen an ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger ins Stocken geraten und er bittet diesbezüglich um Aufklärung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass die Versorgung von obdachlosen Menschen in Köln gesichert sei. Auszahlungsrückstände bei Kindergeldzahlungen an ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger seien ihm nicht bekannt. Er werde diesem Hinweis jedoch nachgehen.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

---

### **Anmerkung:**

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 2.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke. und Ratsgruppe GUT betreffend "Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen, AN/0456/2020, behandelt.

## **1.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie 1048/2020**

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert erläutert die Mitteilung. Da es sich um eine sehr dynamische Lage handle, seien die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf städtischen Haushalt zurzeit nur grob abschätzbar. Es werde jedoch zu deutlichen Ertragseinbrüchen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, kommen. Nach derzeitigen Schätzungen gehe man von einer Mehrbelastung in Höhe von 430 Millionen Euro aus. Außerdem bringe die Krise auch große finanzielle Auswirkungen für die städtischen Beteiligungsunternehmen mit sich.

Auf Nachfrage erklärt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert, dass man bereits Szenarioberechnungen zum voraussichtlichen Anstieg von ALG II-Anträgen durchgeführt habe.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **2.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Konzept für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben für den Bereich der „Inneren Stadt“" AN/0384/2020**

Herr Pöttgen stellt die Position der SPD-Fraktion dar. Wichtig sei, ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Herr Kienitz erläutert die Auffassung der CDU-Fraktion. Ein neues Höhenkonzept sei notwendig, da sich die Rahmenbedingungen in der Stadt verändert hätten.

Herr Beigeordneter Greitemann begrüßt den Antrag ausdrücklich.

Herr Hammer führt die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus und stellt heraus, dass ein solches Höhenkonzept erforderlich sei, um vielfach auftretende Grundsatzdiskussionen bei Einzelprojekten zu vermeiden.

Herr Sterck erläutert die Auffassung der FDP-Fraktion und weist darauf hin, zwischen dem Hochhaus- und dem Höhenkonzept zu unterscheiden.

Herr Zimmermann stellt die Position der Gruppe GUT dar und bittet, die aufgrund des ausgerufenen Klimanotstands notwendige Klimaneutralität von Bauten zu beachten.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung

1. ein Konzept für die Höhenentwicklung innerhalb des links- und rechtsrheinischen Äußeren Grüngürtels ("Innere Stadt") zu entwickeln.
2. die bereits bestehenden Grundlagen, wie das 2007 beschlossene Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt, der weiteren Entwicklung zugrunde zu legen. Ob geänderte Rahmenbedingungen zu einem Veränderungsbedarf führen, wird im weiteren Verfahren diskutiert.
3. im Rahmen eines Fachsymposiums externe Expertise einzubinden und Kriterien für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben insbesondere in der „Inneren Stadt“ zu erarbeiten, z.B.:
  - Historische und stadtgestalterische Rahmenbedingungen
  - Sichtbeziehungen, Blickachsen und Verschattungsbereiche
  - Auswirkungen auf das Stadtklima
  - Sozialer und öffentlicher Nutzen
  - ÖPNV-Erreichbarkeit
  - Qualitätssichernde Planungsstandards
4. die Beteiligung der regionalen Fachöffentlichkeit und der Bürgerinnen und Bürger bei der weiteren Entwicklung des Konzeptes sicherzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **2.2 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Kommunalwahl NRW verschieben – Appell an Landesregierung" AN/0423/2020**

Herr Zimmermann erläutert den Standpunkt der Gruppe GUT. Aufgrund der aktuellen Lage sei weder die Durchführung von Aufstellungsversammlungen noch das Sammeln der Unterstützungsunterschriften möglich. Die Rechtskonformität der Kommunalwahl sei unerlässlich.

Herr Joisten schlägt vor, den Antrag in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen und stimmt der Forderung zu, dass die Chancengleichheit bei den Wahlen gewahrt werden müsse.

Auf Nachfrage bestätigt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert, dass die Wahlvorbereitungen zurzeit wie geplant weiterliefen.

Herr Detjen bittet darum, auch die Auswirkungen auf die geplante Wahl des Integrationsrates zu beachten.

Der Antrag wird einstimmig auf die nächste Sitzung vertagt.

### **2.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat" AN/0223/2020**

#### **Änderungsantrag der AfD-Fraktion AN/0431/2020**

#### **Änderungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke., FDP-Fraktion, Ratsgruppe GUT, Frau Lisa Gerlach und Herrn Walter Wortmann AN/0454/2020**

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erläutert die Position der SPD-Fraktion und appelliert, sich gemeinsam gegen rechte politische Tendenzen zu positionieren.

Herr Detjen spricht sich für den Antrag aus und stellt die Einigkeit der Fraktionen über den Antrag in den Vordergrund.

Herr Petelkau stellt die Auffassung der CDU-Fraktion dar. Es sei notwendig, dass aus dieser Resolution auch konkrete Maßnahmen folgen.

Frau von Bülow erläutert die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere in Zeiten von Corona sei Solidarität besonders wichtig.

Herr Boyens legt die Auffassung der AfD-Fraktion dar. Der Antrag widerspräche dem Sinn des § 43 I GO NRW und sei demokratietheoretisch bedenklich.  
Herr Boyens bezweifelt die Zulässigkeit dieses Antrags und beantragt eine Beratungspause.

Nach einer kurzen Sitzungspause lässt Frau Oberbürgermeisterin Reker den Ausschuss über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen:

### **Beschluss:**

1. Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität, Eigenverantwortung und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen verfassungsfeindlichen, nationalistischen, antisemitischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in Gremien des Rates und den Bezirksvertretungen kein Gehör finden. Der Hauptausschuss unterstützt alle Initiativen und Vereinigungen, die sich auf der Basis unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung bewegen, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen und sich für ein vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Köln einsetzen. Der Hauptausschuss verurteilt jegliche Angriffe und Drohungen gegen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist strikt und immer abzulehnen.
2. Der Hauptausschuss der Stadt Köln spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben. Es darf mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen keine Diskussion geführt werden. Der Hauptausschuss wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen. Der Hauptausschuss unterstützt den Abschluss des und das Bekenntnis zum Fairnessabkommen zu Wahlen zwischen den demokratischen Parteien in Köln und dem Runden Tisch für Integration.
3. Der Hauptausschuss lehnt daher jeden Antrag rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen in seinen Gremien ab. Mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen darf weder eine Personalentscheidung noch jegliche inhaltliche Forderung durchgesetzt werden.  
Wir dürfen nicht zulassen, dass Rechtsextreme das „Zünglein an der Waage“ werden und dies öffentlich ausnutzen, um auf sich aufmerksam zu machen.  
Kurzfristige politische Erfolge dürfen deshalb nicht damit erkaufte werden, dass die Feinde der Demokratie salonfähig gemacht werden. Es besteht Konsens darüber, dass dieses gemeinsame politische Grundverständnis und dieses gemeinsame Vorgehen im Umgang mit Rechtsextremen, Antisemiten und Rechtspopulisten die Basis für eine gemeinsame politische Kultur des Rates und seiner Mitglieder ist.
4. Grundsätzlich nehmen die Mitglieder der antragstellenden Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger an keinen Podiumsdiskussionen mit rechtextremen und rechtspopulistischen Gruppen teil.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Der Ursprungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT sowie der Änderungsantrag der AfD-Fraktion haben sich somit erledigt.

- 2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kitas kostenfrei - Echte Bildungsgerechtigkeit schaffen!"**  
**AN/0363/2020**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **abgesetzt**, da der Antrag in der Sitzung des Rates am 26.03.2020 als Änderungsantrag zu TOP 6.1.2 behandelt wurde und sich somit erledigt hat.

**2.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!"**  
**AN/0421/2020**

Herr Beigeordneter Dr. Rau erläutert den aktuellen Sachstand zu einem möglichen Melderegister für Ferienwohnungen. Wegen eines bestehenden Landesgesetzes seien die Kommunen zu einem solchen Melderegister mit verbindlicher Wirkung nicht befähigt. Trotzdem seien Sanktionen bei zweckentfremdetem Wohnraum notwendig.

Herr Paetzold stellt die Position der SPD-Fraktion dar und betont die Notwendigkeit dieser Resolution um mehr Wohnraum in Köln zu ermöglichen.

Herr Kienitz erläutert die Position der CDU-Fraktion und weist darauf hin, dass diese Resolution nicht notwendig sei, da bereits eine Diskussion zu diesem Thema bestehe.

Herr Hammer schließt sich den Aussagen von Herrn Kienitz an.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss bestätigt den Beschluss des Rates vom 21.05.2019 i.S. Wohnraumschutzsatzung, insbesondere zur Einführung einer Anzeige- und Registrierungspflicht für die Anbieter von Ferienwohnungen und Wohnungen zur Fremdenbeherbergung. Er fordert das Land NRW auf, das Wohnungsaufsichtsgesetz zu überarbeiten. In Ergänzung dieses Beschlusses soll sich das Land dabei bei der Überarbeitung von § 10 WAG an den Regelungen des hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes orientieren, so dass die Einführung einer sanktionierbaren und kontrollierbaren Registrierungspflicht, eine Meldepflicht für die Überlassung einer Wohnung als Ferienwohnung, das Führen eines Belegungskalenders sowie die Verpflichtung von Internetportalen, die Anzeigen für Ferienwohnungen ausschließlich unter Angabe einer Wohnraumschutznummer zu veröffentlichen möglich wäre.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

**2.6 Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, Fraktion Die Linke. und Ratsgruppe GUT betreffend "Resolution zum Rettungsschirm für Kommunen"**  
**AN/0456/2020**

Herr Joisten stellt die Position der SPD-Fraktion dar und betont, dass eine finanzielle Unterstützung von Bund und Land NRW unerlässlich sei.

Herr Petelkau erläutert die Auffassung der CDU-Fraktion und weist auf die besondere Betroffenheit der kommunalen Unternehmen hin.

Frau von Bülow schließt sich den Vorrednern an und führt aus, dass von einer solchen finanziellen Unterstützung alle Kommunen profitieren würden.

Herr Detjen führt die Position der Fraktion Die Linke aus und unterstreicht die notwendige Geschlossenheit der Fraktionen.

Herr Boyens erläutert die Position der AfD-Fraktion und kritisiert, dass geplant sei, die Mehrbelastungen durch die Krise über 50 Jahre abzuschreiben.

Auf Nachfrage erklärt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert, dass man sich der Eigenverantwortung bewusst sei und diese auch wahrnehmen würde. Ferner verweist sie bezüglich der Berechnung der Mehrbelastungen auf den Erlass des Ministeriums des Landes NRW für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hin, der der Vorlage zu TOP 1.2 als Anlage beigelegt ist.

### **Beschluss:**

Der Kölner Stadtrat begrüßt grundsätzlich die Anstrengung der Landesregierung mit dem Kommunalschutzpaket die Kommunen zu unterstützen. Insbesondere, dass Finanzmittel aus dem 25 Mrd. Euro umfassenden NRW-Rettungsschirm für Kommunen bereitgestellt werden sollen. Darüber hinaus unterstützt der Hauptausschuss die Forderung des Städtetages NRW nach einem weiteren Rettungspaket von Bund- und Land.

Weitergehend beschließen wir die nachfolgende Resolution:

Für Köln ist besonders wichtig,

1. dass mit diesen Hilfsmaßnahmen den Kommunen schnell finanziell geholfen wird,
2. dass nicht nur Stärkungspakt-Kommunen, sondern alle von der Pandemie betroffenen Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Ausfälle und Mehraufwendungen teilhaben können,
3. dass es eine hinreichende Konkretisierung der einzelnen Rettungsmaßnahmen ohne bürokratische Hürden braucht
4. und dass auch kommunale Unternehmen abgesichert werden. Dies gilt beispielsweise für Flughäfen, Messen, Veranstaltungs- und Kongresszentren, Häfen, Bäder und Kultureinrichtungen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

---

### **Anmerkung:**

Der Dringlichkeitsantrag wurde gemeinsam mit TOP 1.1 „Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise: Sachstandsmitteilung“, Vorlage 1026/2020, behandelt.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Fragen zur „Haushaltsbewirtschaftung in Zeiten der Corona-Krise“" AN/0444/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 07.04.2020  
1055/2020**

Herr Detjen fragt, ob es Kriterien für die Bewirtschaftung gebe und die Vorschläge der Dezernate durch die Kämmerin bewertet werden.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert erklärt auf Nachfrage, dass die Kriterien in der Bewirtschaftungsverfügung im Rahmen von Krisenbewältigung und Struktursicherung niedergelegt seien. Die Dezernate seien dazu angehalten, die Situation eigenverantwortlich zu prüfen und zu dokumentieren.

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **3.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Situation der Geflüchteten in Köln" AN/0448/2020**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 20.04.2020 zurückgestellt.

#### **3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise" AN/0453/2020**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 20.04.2020 zurückgestellt.

#### **3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Kultur und Wirtschaft im Angesicht der COVID-19-Pandemie" AN/0452/2020**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 20.04.2020 zurückgestellt.

### **4 Sonstige Mitteilungen und Vorlagen**

#### **4.1 Sperrung der Deutzer Drehbrücke**

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die Bezirksvertretung Innenstadt in Bezug auf die Sperrung der Deutzer Drehbrücke am 21.03.2020 Klage beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht habe. Sie begehre die Feststellung, dass sie für die Entscheidung über die Sperrung der Deutzer Drehbrücke zuständig sei. Die Klageerwidlung werde im nächsten Monat eingereicht.

Auf Nachfrage erklärt Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass die aus aktuellem Anlass (Verkehrssicherheit) nur vorübergehende Sperrung der Deutzer Drehbrücke während der Osterferien zum Geschäft der laufenden Verwaltung gehöre und dazu nicht der Verkehrsausschuss angerufen werden müsse.

Frau Beigeordnete Blome ergänzt, dass mit der Sperrung während der Osterferien zum einen dem verstärkten Fahrradverkehr und zum anderen der Abstandsvorschriften zwischen Personen Rechnung getragen werde.

## **5 Mündliche Anfragen**

### **5.1 Anzeige der CDU im Kölner Wochenspiegel**

Herr Joisten spricht die Anzeige der CDU im Kölner Wochenspiegel an und bittet um rechtliche Prüfung

### **5.2 Aufnahme von Geflüchteten**

Herr Zimmermann erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Beschluss des Rates vom 06.02.2020 zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Auffanglagern in Griechenland. Er fragt, ob es bereits eine Rückmeldung der Bundesregierung zur entsprechenden Resolution gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass bisher keine Rückmeldung der Bundesregierung eingegangen sei.

### **5.3 Kölner Sportstätten GmbH**

Herr Detjen fragt, ob der 1. FC Köln auch während der Pandemie seine Mietzahlungen fortsetzen werde. Zudem möchte er wissen, ob ein möglicher Mieterlass für weitere Mieterinnen und Mieter der Kölner Sportstätten geplant sei und ob dies zu eventuellen Verlusten bei der Sportstätten GmbH führen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine kurzfristige Beantwortung durch die Verwaltung zu.

Gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

Gez. Midia Mahmod  
Stellvertretende Schriftführerin